

RUBIN

WISSENSCHAFTSMAGAZIN

Schwerpunkt

GRENZEN DER WISSENSCHAFT

MEDIZIN: SCHNITTSTELLE MENSCH/MASCHINE

ASTRONOMIE: AN DER GRENZE DES MESSBAREN

THEOLOGIE: GLAUBE ODER WISSENSCHAFT

Im Gespräch

ÖKONOMIE UND VERANTWORTUNG

Franziska Hoffart und Florian Lewalder promovieren am Lehrstuhl für Makroökonomik. Bei Forschung und Lehre blicken sie über den Tellerrand hinaus.



Ökonomen haben Einfluss auf die Gesellschaft, sagen Franziska Hoffart und Florian Lewalder. Daher haben sie auch Verantwortung.

Frau Hoffart, Sie beschäftigen sich mit der Frage, welche Verantwortung Wissenschaftler haben. Sind Sie schon zu einer Antwort gekommen?

Franziska Hoffart: In meiner Masterarbeit habe ich dafür argumentiert, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eine Verantwortung haben, zum Beispiel eine soziale Verantwortung gegenüber der Gesellschaft. Speziell habe ich mich mit Ökonomen und ihrer besonderen Rolle bei der Bekämpfung des Klimawandels beschäftigt. Sie sollten sich zum Beispiel mit sozial relevanten Forschungsfragen beschäftigen und ihre Ergebnisse so kommunizieren, dass sie der Öffentlichkeit und Politik nutzen.

Und wie sehen das die Wissenschaftler?

Hoffart: Einige Ökonomen sagen, dass nicht sie am Ende die Politikmaßnahmen umsetzen, also haben sie auch keine Verantwortung. Das ist eine sehr starke Positionierung. Ich denke, Ökonomen haben auf verschiedene Weise direkten und indirekten Einfluss auf die Gesellschaft.

Wie denn?

Hoffart: Sie bilden zum Beispiel die künftigen Ökonomen aus, die dann in der Praxis arbeiten. Sie beeinflussen deren Arbeit zum Beispiel dadurch, welche Theorien sie lehren.

Florian Lewalder: Viele Methoden und Kennziffern, die Öko-

nomen entwickeln, sind mittlerweile in aller Munde. Etwa das Bruttoinlandsprodukt. Das ist kein natürliches Phänomen, sondern eine Erfindung, die heute fast jeder kennt. Wirtschaftsmethoden diffundieren in die Gesellschaft, so wie auch Theorien aus anderen Disziplinen.

Das klingt eher nach einem indirekten Einfluss.

Hoffart: Die Volkswirtschaftslehre wird häufig als die politisch einflussreichste Wissenschaft bezeichnet. Gerade wenn es um die Meinungsbildung geht. In den Medien werden häufig Ökonomen gebeten, eine Einschätzung als Experten abzugeben. Manche Ökonomen besetzen auch einflussreiche Posten: Die aktuelle Chefin der US-Notenbank Fed ist eine Akademikerin, die ihre wissenschaftliche Arbeit derzeit ruhen lässt. Einige Wissenschaftler sind auch als Politikberater tätig und nehmen auf diese Weise Einfluss.

Verschwimmen da nicht die Rollen von Wissenschaftler, Berater und vielleicht sogar Privatperson?

Lewalder: Bestimmt, zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung. Professor Christoph Schmidt, der Vorsitzende des Sachverständigenrates für Wirtschaft, hat während der Jamaika-Sondierungsgespräche für eine mögliche Bundesregierung für Aufsehen gesorgt, weil er sich für eine Flexibilisierung der Arbeitszeit aussprach – ein zentraler Programmpunkt der FDP. In welcher Funktion hat er diese Aussage

getroffen: als Vorsitzender des Sachverständigenrats? Als Wissenschaftler? Oder als Privatperson, die eine bestimmte Politikmaßnahme unterstützen will? Die Öffentlichkeit kann natürlich nicht zwischen den drei Positionen unterscheiden. Das ist ein interessantes Beispiel für das Feld, in dem sich ökonomische Beratung bewegt.

In der Öffentlichkeit kommen meist Statements an, die zugunsten der Verständlichkeit vereinfacht sind. Sind diese wissenschaftlich fundiert möglich?

Hoffart: Man muss sich überlegen, was die Kriterien für eine wissenschaftlich fundierte Antwort sind. Ich würde sagen, man sollte seine Methoden offenlegen, wie man zu einer Antwort gekommen ist, und in welcher Rolle man einen Ratsschlag gegeben hat: als Wissenschaftler, der sämtliche Theorien kennt, oder als Politikberater, der beauftragt wurde, für eine bestimmte Politik zu argumentieren.

Lewalder: Das passiert aber natürlich höchstens dem Politiker gegenüber; was in der Öffentlichkeit ankommt, ist überspitzt. Man kann ja auch verstehen, dass die Leute klare Antworten haben wollen. Es gibt ein schönes Zitat von Präsident Truman, der sich einen einarmigen Ökonomen gewünscht hat, weil die Berater ihm immer gesagt haben „on the one hand“ und „on the other hand“. Hätte der Ökonom nur einen Arm, wüsste er endlich, was zu tun sei. Aber es ist unmöglich, in einer so komplexen Sozialstruktur alle Auswirkungen einer Politikmaßnahme vorherzusehen. Sie wird meistens sowohl positive als auch negative Effekte haben.

Finden Sie es wünschenswert, dass Wissenschaftler sich in der Politikberatung engagieren?

Lewalder: In meinen Augen ist die Ökonomie eingebettet in die Politik, und es ist gut, wenn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sich auch mit gesellschaftlich relevanten Fragen beschäftigen. Wobei es nicht immer leicht ist zu definieren, was gesamtgesellschaftlich relevant ist. Es gibt den einen oder anderen Volkswirt, der sich sehr in seinen mathematischen Modellen verliert, die man so nicht auf die Welt anwenden kann, weil sie einfach kein Gleichungssystem ist.

Hoffart: Eine Grundvoraussetzung, damit die Wissenschaftler gesellschaftlich relevante Themen in Angriff nehmen können, ist, dass die Wissenschaft offen ist für Ansätze, die nicht dem Mainstream folgen. Sie sollten der Methodenvielfalt und Interdisziplinarität offener gegenüberstehen. Denn die brennenden gesellschaftlichen Themen können nicht von einer Disziplin allein gelöst werden. In meiner Masterarbeit habe ich zum Beispiel geschaut, ob Ökonomen Verantwortung haben, den Klimawandel zu adressieren. Die ökonomische Standardtheorie gibt recht einfache Antworten auf das Problem: Man könnte den CO₂-Preis erhöhen oder bestimmte Steuern einführen. Aber aktuell funktionieren diese Maßnahmen nicht. Aufgabe der Ökonomie sollte es sein, mehr Realitätsbezug zu entwickeln und – wenn die Mainstream-Lösung nicht funktioniert – andere Optionen zu erschließen.

Herr Lewalder, als Lehrender sind Sie am Masterstudiengang Economic Policy Consulting beteiligt. Geht es darin auch um gesellschaftliche Relevanz?

Lewalder: Ja, wobei wir das Thema nur anreißen können. Wir bilden Ökonomen mit dem Schwerpunkt Politikberatung aus. Wichtig ist uns, dass die Studierenden eine Haltung für sich entwickeln. In meinem Seminar geht es um Fragen wie: Wie reflektiere ich als Wissenschaftler, wer ich bin und was meine Werte sind? Wie sind meine Ergebnisse von Werten getrieben? Wir schauen aber auch, wer überhaupt Ökonom wird. Es gibt Untersuchungen, dass Studierende der Volkswirtschaftslehre schon zu Beginn ihres Studiums andere Wertvorstellungen haben als etwa Philosophiestudierende. In diesen Arbeiten wurden zum Beispiel verschiedene Personengruppen gebeten einzuschätzen, wie wichtig es ihnen ist, Macht zu haben oder mitmenschlich zu agieren. Studierende der Volkswirtschaftslehre geben Macht häufiger als Ziel an als Vergleichsgruppen.

Was bedeutet das für die Politikberatung später?

Lewalder: Es bedeutet, dass die praktisch betriebene Politikberatung möglicherweise nicht die ganze Bandbreite abdeckt, die sie abdecken könnte, wenn auch andere Menschen in den Ökonomie-Studiengang kämen.

Text: jwe, Foto: dg

FRANZISKA HOFFART



Franziska Hoffart absolvierte an der RUB den Studiengang Ethics, Economics, Law and Politics, wobei ihr Fokus auf der Schnittstelle von Philosophie und Volkswirtschaftslehre lag. Nach Abschluss ihrer Masterarbeit zur Verantwortung von Ökonomen für die Gesellschaft forscht und promoviert sie derzeit am Lehrstuhl für Makroökonomik zu der Frage, wie man Klimaschutzmaßnahmen sinnvoll ökonomisch bewerten kann.

FLORIAN LEWALDER



Florian Lewalder hat Volkswirtschaftslehre studiert und promoviert nun am Lehrstuhl für Makroökonomik. Er untersucht die Motivation von Menschen, sich für grüne Produkte anstelle von konventionellen Produkten zu entscheiden, und erforscht, wie Politik eingreifen kann, damit sich eine Ökoinnovation langfristig am Markt etablieren kann. In der Lehre engagiert er sich im Studiengang Economic Policy Consulting, ein seltenes Fach.



Prof. Dr. Christoph Schmidt (Foto: RWI, Sven Lorenz)

CHRISTOPH SCHMIDT



Prof. Dr. Christoph M. Schmidt hat an der Ruhr-Universität Bochum den Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und angewandte Ökonometrie inne und ist Präsident des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Essen. Seit 2009 ist er Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, seit 2013 dessen Vorsitzender.

Im Gespräch

»FORSCHUNG SOLLTE KEIN DIENSTGEHEIMNIS BLEIBEN«

Christoph Schmidt und Helmut Karl sind in der Politikberatung aktiv – und geben Einblicke in diese Tätigkeit.

Denken Sie, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, speziell Ökonomen, eine Verantwortung haben, sich am Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Gesellschaft zu beteiligen?

Christoph Schmidt: Aus Kompetenzen erwächst natürlich Verantwortung. Ökonomen steht ein ausgereiftes Handwerkszeug zur Verfügung, um für alle Menschen relevante Sachverhalte zu erfassen und ihre Ursachen und Konsequenzen zu analysieren. Es versteht sich in unserer freiheitlichen Gesellschaft von selbst, dass die Ergebnisse dieser Forschung kein Dienstgeheimnis bleiben, sondern der Allgemeinheit zur Verfügung stehen.

Helmut Karl: Politische Probleme vom Klimaschutz bis hin zur Flüchtlingspolitik können aufgrund ihrer Komplexität besser gelöst werden, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse in den Diskussions- und Entscheidungsprozess einfließen. Insofern sollten nicht nur Ökonomen, sondern je nach Fragestellung Soziologen, Klimaforscher, Mediziner und andere Wissenschaftler Erkenntnisse in Politik und Gesellschaft transferieren.

Als Politikberater sind Sie gleichzeitig Wissenschaftler sowie ein Experte, der von der Politik beauftragt wurde, und eine Privatperson mit einer politischen Meinung. Kann man verhindern, dass diese Rollen verschwimmen?

Schmidt: Kein Wissenschaftler wird sich ganz von seinen persönlichen Eindrücken und Erfahrungen befreien können. Doch bei meinen öffentlichen Stellungnahmen fühle ich mich nie als Privatperson, sondern immer als wirtschaftspolitischer Berater gefragt. Ich vertrete keine Unternehmens-, Verbands- oder Parteiinteressen und stütze meine Positionen nach bestem Wissen und Gewissen durch empirische Resultate und stichhaltige Argumente ab. Dabei hilft mir häufig die Expertise des Sachverständigenrates und des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung RWI. Einen Rollenkonflikt sehe ich nicht, denn ich vertrete in meiner Rolle als Wissenschaftler und Mitglied des Sachverständigenrates inhaltlich die gleiche Position.

Karl: Es wird immer versucht, Wissenschaftler für Gruppeninteressen und Meinungen zu vereinnahmen. Das ist auch nicht schlimm. Wissenschaftler sollten aber im Gegensatz zu anderen in der politischen Willensbildung überprüfbare Tatsachenaussagen einspeisen, etwa die Frage beantworten, welche



Wohlfahrts-, Wachstums- und Verteilungswirkungen sich mit Freihandelsabkommen wie TTIP verbinden. Empirische Untersuchungsergebnisse können sich allerdings widersprechen, zum Beispiel, wenn das Design der Studien unterschiedlich ausfällt. Beratungsbotschaften an Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit müssen daher hinsichtlich der Annahmen, Methoden und theoretischen Hintergründe transparent gemacht werden. Es kann ein Ideenwettbewerb darüber geführt werden, welcher Ansatz theoretisch und methodisch für ein wirtschaftspolitisches Problem geeignet ist.

Lässt sich das komplexe Sozial- und Wirtschaftsgefüge ausreichend theoretisch analysieren, um der Politik verlässliche Empfehlungen an die Hand zu geben?

Schmidt: Die moderne Welt ist in der Tat höchst komplex. Weder die Wissenschaft noch andere Akteure können der Politik daher eindeutige Handlungsanweisungen an die Hand geben, deren Befolgung sicher zu den erwünschten Ergebnissen führt. Die Wissenschaft kann aber in akribischer Detailarbeit viele Bausteine zusammentragen, die der Politik Hinweise auf Maßnahmen geben, die mehr Erfolg versprechen als andere.

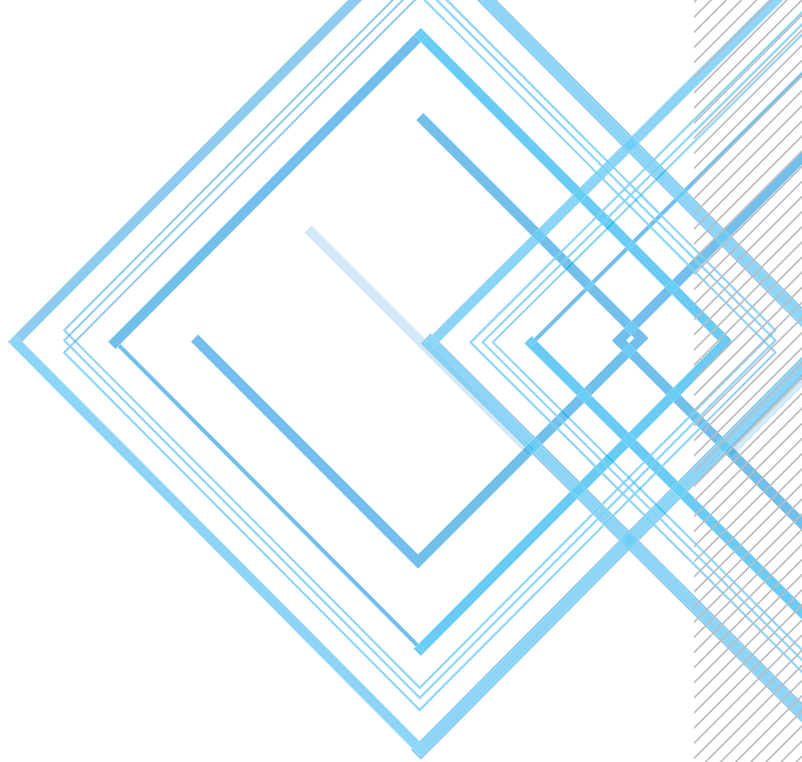
Karl: Gerade weil es sich um ein komplexes und zudem dynamisches Gefüge handelt, gibt es auch fast 200 Jahre nach der Begründung der klassischen Ökonomie durch Adam Smith konkurrierende Erklärungsansätze zum Beispiel über die Effizienz und Stabilität von Märkten. Auf der anderen Seite gibt es einen umfangreichen Pool theoretisch gut erforschter Kausalzusammenhänge. Dies gilt etwa für die Wachstumsökonomik, deren Erkenntnisse in den Aufbau Ost und die Europäische Regionalpolitik eingeflossen sind.

Wenn Sie zu einer wirtschaftspolitischen Frage Stellung nehmen, haben Sie diese dann zunächst aufwendig wissenschaftlich analysiert oder können Sie basierend auf Ihrer Expertise eine spontane Einschätzung abgeben? Sollten Politikberater aus der Wissenschaft auch Antworten auf Fragen liefern, die nicht den Kern des eigenen Forschungsschwerpunktes treffen?

Schmidt: Wirtschaftspolitische Fragen betreffen häufig Sachverhalte, bei denen man nicht auf die eigene Forschung zurückgreifen kann. Das gilt vor allem für völlig neue Sachverhalte. Doch eine fundierte Einschätzung ist möglich, wenn man eine hinreichend starke Analogie zu solchen Sachverhalten begründen kann, welche vorher in der einschlägigen Fachliteratur oder gar in eigener Forschung analysiert wurden.

Karl: Über Kausal- und Tatsachenzusammenhänge wird man vermutlich in seinem Kerngebiet besser Bescheid wissen. Insofern muss ich nicht immer erst neu in den Elfenbeinturm, wenn ich Stellung nehme. Auch halte ich es für sinnvoll, sich nicht ausschließlich auf sein Kerngebiet zu beschränken, weil dann Vielfalt und Ideenwettbewerb zu kurz kommen. Aber am Ende muss ich auf der Basis empirisch nachweisbarer Kausalzusammenhänge argumentieren, ansonsten äußere ich eine Meinung. Diese sollte nicht deshalb mehr Gewicht haben, weil es die eines Wissenschaftlers ist.

jwe



HELMUT KARL



Prof. Dr. Helmut Karl hat an der RUB den Lehrstuhl für Volkswirtschaftspolitik 3 inne. Er hat unter anderem zur Reform der regionalen Wirtschaftspolitik in Deutschland gearbeitet sowie auf Bundes- und Länderebene zur Koordination von Fachpolitiken und zur Optimierung von regionaler Innovationspolitik. Darüber hinaus beschäftigt er sich in der Politikberatung von Wasserverbänden und Umweltministerien mit der Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie.

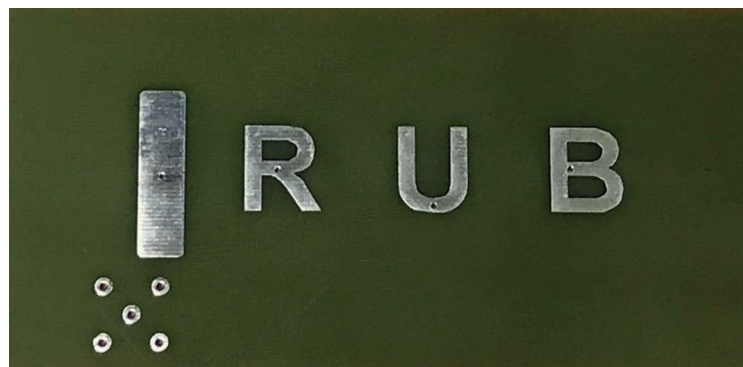
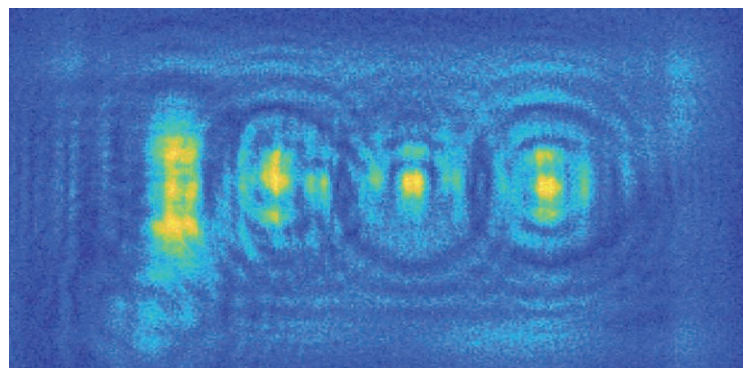
Prof. Dr. Helmut Karl (Foto: dg)



REDAKTIONSSCHLUSS

Mit Radartechnik kann man durch Wände schauen und Unsichtbares sichtbar machen. Zeichnet man ein Radarbild auf, ist es allerdings, als würde man mit einer Kamera fotografieren, der die Linse zum Fokussieren fehlt. Die Fokussierung erfolgt nachträglich im Computer. Dafür braucht es spezielle Algorithmen, so wie Dr. Jan Barowski sie während seiner Doktorarbeit am Lehrstuhl für Hochfrequenzsysteme entwickelt hat. Das obere Motiv zeigt das mit Barowskis Algorithmen korrigierte Radarbild einer Platine mit dem Schriftzug „RUB“. Die Originalplatine ist ganz unten zu sehen. Das mittlere Bild zeigt die unkorrigierte Rohversion des Radarbildes. Im fokussierten Bild kann man in Hellblau sogar die Leiterbahnen sehen, die auf der Rückseite der Platine vom Koaxialstecker (fünf gelbe Punkte) zu den Buchstaben verlaufen. (Aufnahmen: Jan Barowski)

➔ news.rub.de/radar-bildgebung



IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Rektorat der Ruhr-Universität Bochum in Verbindung mit dem Dezernat Hochschulkommunikation (Abteilung Wissenschaftskommunikation) der Ruhr-Universität Bochum

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT: Prof. Dr. Gabriele Bellenberg (Philosophie und Erziehungswissenschaften), Prof. Dr. Astrid Deuber-Mankowsky (Philologie), Prof. Dr. Reinhold Gleis (Philologie), Prof. Dr. Achim von Keudell (Physik und Astronomie), Prof. Dr. Michael Hübner (Elektrotechnik/Informationstechnik), Prof. Dr. Denise Manahan-Vaughan (Medizin), Prof. Dr. Martin Muhler (Chemie), Prof. Dr. Franz Narberhaus (Biologie), Prof. Dr. Andreas Ostendorf (Prorektor für Forschung, Transfer und wissenschaftlichen Nachwuchs), Prof. Dr. Michael Roos (Wirtschaftswissenschaft), Prof. Dr. Martin Tegenthoff (Medizin), Prof. Dr. Michael Wala (Geschichtswissenschaft)

REDAKTIONSANSCHRIFT: Dezernat Hochschulkommunikation, Abteilung Wissenschaftskommunikation, Ruhr-Universität Bochum, 44780 Bochum, Tel.: 0234/32-25228, Fax: 0234/32-14136, rubin@rub.de, news.rub.de/rubin

REDAKTION: Dr. Julia Weiler (jwe, Redaktionsleitung); Meike Drießen (md)

FOTOGRAFIE: Damian Gorczany (dg), Hofsteder Str. 66, 44809 Bochum, Tel.: 0176/29706008, damiangorczany@yahoo.de, www.damiangorczany.de; Roberto Schirdewahn (rs), Offerkämpfe 5, 48163 Münster, Tel.: 0172/4206216, post@people-fotograf.de, www.wasaufdieaugen.de

COVER: Agentur der RUB

BILDNACHWEISE INHALTSVERZEICHNIS: Teaserfotos für die Seiten 12, 24, 58: Roberto Schirdewahn; Teaserfoto für Seite 18: Fotolia, Oticki; Teaserfoto für Seite 28: Damian Gorczany; Teaserbild für Seite 34: ESO/IDA/Danish 1.5 m/R. Gendler and J.-E. Ovaldsen; Teaserfoto für Seite 54: Tim Kramer

GRAFIK, ILLUSTRATION, LAYOUT UND SATZ: Agentur der RUB, www.rub.de/agentur

DRUCK: VMK Druckerei GmbH, Faberstraße 17, 67590 Monsheim, Tel.: 06243/909-110, www.vmk-druckerei.de

AUFLAGE: 4.500

ANZEIGENVERWALTUNG UND -HERSTELLUNG: VMK GmbH & Co. KG, Faberstraße 17, 67590 Monsheim, Tel.: 06243/909-0, www.vmk-verlag.de

BEZUG: RUBIN erscheint zweimal jährlich und ist erhältlich im Dezernat Hochschulkommunikation (Abteilung Wissenschaftskommunikation) der Ruhr-Universität Bochum. Das Heft kann kostenlos abonniert werden unter rubin.rub.de/abonnement.

ISSN: 0942-6639

Nachdruck bei Quellenangabe und Zusenden von Belegexemplaren